



# MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

1/2017 (Februar)

## DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

### Aus der SVV informiert

#### Gerechtigkeit herstellen



Seit vielen Jahren tobt im Land Brandenburg und den anderen ostdeutschen Ländern der Streit um Abwasserbeiträge und Gebühren. Die kommunalen Abgabengesetze ließen es zu, sowohl Beiträge als

auch Gebühren zu erheben. Gebühren dienen der Deckung der laufenden Kosten und werden je m<sup>3</sup> Abwasser erhoben. Beiträge dagegen sind einmalige Zahlungen für die Herstellung des Anschlusses an eine Abwasseranlage.

Entsprechende Satzungen wurden regelmäßig beklagt und dann durch Verwaltungen permanent nachgebessert. Dazu kam die Problematik der sogenannten Altanschießer, also aller Grundstücke, die bereits zum Oktober 1990 an Abwasserentsorgungsanlagen angeschlossen waren. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Entscheidung vom Dezember 2015 der rückwirkenden Beitragsberechnung einen Riegel vorgeschoben. In Forst hat die Stadtverordnetenversammlung kurz zuvor Altanschießerbeiträge mehrheitlich abgelehnt.

Nun bleibt die Frage offen, wie mit den gezahlten Beiträgen der Grundstücksbesitzer in der Zeit von 1991 bis 2011 umzugehen ist. Spätere Beitragsbescheide sind nicht mehr vollstreckt worden. Die Beitragssatzung der Stadt Forst wurde 2016 endgültig aufgehoben.

Damit ist ein Zustand eingetreten, bei dem die Beitragszahler gegenüber allen anderen Grundstücksbesitzern und Mietern deutlich benachteiligt werden. Es geht dabei immer um mehrere tausend

Zum »Tag der Opfer des Faschismus« am 27. Januar wurde auch in diesem Jahr auf dem Platz des Friedens all jener gedacht, die unter der faschistischen Diktatur gelitten haben oder gar ihr Leben lassen mussten. Wir demonstrieren damit unseren festen Willen, alles dafür zu tun, dass Willkür- und Gewaltherrschaft endgültig von dieser Welt verbannt werden.



Günther Mattern, Stellv. Vorsitz. des OV Forst DIE LINKE  
Foto: Jens Dräger

Euro pro Grundstück. Der Beitrag selbst ist individuell, da er sich an der jeweiligen Grundstücksgröße orientiert. Gleichbehandlung nach dem Grundgesetz kann jetzt auf zwei Wegen hergestellt werden. Erstens, die Beiträge werden den jeweiligen Grundstücksbesitzern erstattet oder Zweitens, die Beiträge werden mit den zukünftig zu zahlenden Gebühren verrechnet. Die zweite Variante wäre verwaltungstechnisch sehr aufwendig, weil dann für jeden Beitragszahler eine individuelle Berechnung erfolgen müsste und die Verrechnung viele Jahre dauern würde. Unser Ziel ist deshalb die Auszahlung

aller Beiträge an die aktuellen Grundstücksbesitzer ohne Verzinsung. Dieses Konzept entspricht dem, welches in Städten wie Cottbus und Lübben bereits umgesetzt wird.

Wichtig dabei ist, dass es keinen Unterschied zwischen bestandskräftigen und offenen Beiträgen gibt. Es darf nicht sein, dass für Bürgerinnen und Bürger, die auf die Rechtmäßigkeit von Verwaltungsbescheiden vertraut haben, ein Nachteil gegenüber denen entsteht, die rechtlich dagegen vorgegangen sind. Im anderen Fall müsste man den Menschen empfehlen, gegen jede Art von Bescheiden Rechtsmittel einzulegen, da man ja nie wissen kann, wann Gesetze und Satzungen als fehlerhaft oder rechtsunwirksam eingestuft werden könnten. Wenn das Vertrauen in Recht und Gesetz so ausgehöhlt wird, hätte dies eine dauerhafte Beschädigung von Behörden und der Politik zur Folge.

Die Stadtverwaltung hat für die nächste Sitzung eine Gebührenanhebung von bisher 3,48 € auf 3,96 € beantragt. ➤ S. 2

#### Spruch des Monats

»Autorität wie Vertrauen werden durch nichts mehr erschüttert als durch das Gefühl, ungerecht behandelt zu werden.«

Theodor Storm

## Aus der SVV ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Dies geschah völlig unabhängig von unserem Antrag. Ursache dafür sind die gestiegenen Kosten beim Umbau der Kläranlage und die zurückgehenden Abwassermengen.

In früheren Kalkulationen der Verwaltung wurde eine vollständige Rückzahlung der Abwasserbeiträge mit einer Erhöhung der Abwassergebühren zwischen 0,25 und 0,40 € pro m<sup>3</sup> Abwasser kalkuliert. In die Kalkulation fließen nur die Zinsen für aufzunehmende Kredite ein. Der Finanzvorstand und Leiter des

Eigenbetriebs Abwasser hatten dazu in der letzten Sitzung der SVV erklärt, dass die Stadt aktuell mit Negativzinsen kalkuliert, also für Schulden sogar Geld bekommt. Billiger als jetzt kann das Beitragsproblem also nicht gelöst werden. Für einen Erfolg unseres Antrags ist natürlich auch die Zustimmung weiterer Fraktionen erforderlich. Wir haben allen Fraktionen in der SVV entsprechende Gespräche angeboten. Wir wollen eine gerechte Lösung für alle Bürger, mal schauen wie das bei den anderen Fraktionen aussieht.

*Ingo Paeschke,  
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE  
der SVV Forst*

## »Krieg gegen den Terror« – eine erschütternde Bilanz

von Birgit Wöllert, MdB



**Durch eine Große Anfrage (»Erfahrungen aus 14 Jahren Krieg gegen den Terror – Eine Bilanz in Irak, Afghanistan, Pakistan« Drucksache 18/10364) der Linksfraktion initiiert, standen in dieser Woche die deutschen Militäreinsätze auf der Tagesordnung des Bundestages.**

In einer Großen Anfrage mit über 100 Fragen war die Bundesregierung aufgefordert worden, eine Bilanz der Militäreinsätze zu ziehen. Das sich aus den Antworten ergebende Bild zeigt, dass der »Krieg gegen den Terror« ein Fehlschlag war. Ausgerufen als Reaktion auf den Terroranschlag des 11. September 2001, haben die folgenden militärischen Interventionen vielen Menschen das Leben gekostet und unzählige zur Flucht getrieben. Der Terror wurde nicht besiegt. Im Gegenteil: In Ländern wie Irak, Afghanistan und Pakistan hat der Krieg eine Radikalisierung und Stärkung der bekämpften Gruppen wie Taliban und Al Kaida bewirkt.

Das UN-Flüchtlingshilfswerk weist nach 15 Jahren »Krieg gegen den Terror« die höchste Zahl an Geflüchteten und den schnellsten Anstieg dieser Zahl seit dem Zweiten Weltkrieg aus. 60 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Viele fliehen aus den Ländern, die Schauplatz des »Krieges gegen den Terror« sind. 2015 stellten 31 382 Menschen aus Afghanistan einen Asylantrag in Deutschland – fünfmal so viele wie 2001 (5 837).

Die Lage in Afghanistan ist weiterhin unsicher. Die Bundesregierung bezeichnet nur 9 von 123 Distrikten (Stand 2015) als kontrollierbar. Allein zwischen 2013 und 2016 wurden nach UN-Angaben über 19 000 afghanische

Soldaten und 10 000 Zivilisten in den Auseinandersetzungen mit den Taliban getötet. Auch der Irak ist 15 Jahre nach der völkerrechtswidrigen Invasion nach wie vor instabil. Angaben über die Opfer irakischer Zivilisten zeigen seit 2012 eine zunehmende Eskalation in diesem Land, mit 12 342 Toten im Jahr 2014.

Bestandteil dieses sogenannten Krieges gegen den Terror sind auch gezielte Tötungen durch den Einsatz von Drohnen. Infolge des Drohnenprogrammes der US-Regierung wurden nach Angaben vom Juni 2016 allein in Pakistan, Jemen, Libyen und Somalia über 2 500 mutmaßliche Kämpfer und 116 Zivilisten getötet. Im November 2016 bestätigte die Bundesregierung, dass die Drohneinsätze der USA über die US-Militärbasis Ramstein in Deutschland geplant, überwacht und ausgewertet werden. Eine Schließung Ramsteins, wie von der Linksfraktion gefordert, ist überfällig.

Der »Krieg gegen den Terror« brachte nicht weniger, sondern mehr Leid in die Welt. Trotzdem zieht die Bundesregierung die Beteiligung der Bundeswehr nicht in Zweifel. Erst im Dezember wurde beispielsweise das Afghanistan-Mandat verlängert. Deshalb ist es besonders absurd, dass zugleich bis zu 80 000 Afghaninnen und Afghanen aus der EU nach Afghanistan abgeschoben werden sollen.

Der Entschließungsantrag, den die Fraktion DIE LINKE anlässlich der Debatte in den Bundestag einbrachte, fordert u. a. den sofortigen Stopp dieser Abschiebungen nach Afghanistan und den Abzug der Bundeswehr aus diesem Land. DIE LINKE fordert ein Umdenken in der Außenpolitik, weg von militärischen Interventionen und hin zur Stärkung demokratischer, friedlicher, zivilgesellschaftlicher Gruppen und Strukturen.

*Birgit Wöllert, MdB*

## Gedenkstätten in Forst

– 3. Teil –

### Das Oktagon Kriegsgräberstätte auf dem Hauptfriedhof



Im Zusammenhang mit dem Bau des Krematoriums entstand bis 1930 eine Kriegsgräberstätte für 76 gefallene deutsche Soldaten des 1. Weltkrieges. Gartenbaudirektor Alfred Boese gestaltete die Anlage mit dem weißen Oktagon (Bauwerk in Achteckform). In der Mitte stand eine übergroße Bronzefigur, die 1943 eingeschmolzen wurde.

Im Zuge der Rekonstruktion und Sanierung wurde in der Mitte eine achteckige Stele mit der Inschrift »Den Opfern von Krieg und Gewalt« aufgestellt.

Anlässlich des Volkstrauertages 1994 erfolgte die feierliche Übergabe des wiederhergestellten Oktagons an die Forster Bevölkerung.

Jährlich am Volkstrauertag, dem 13. November, findet zum Gedenken eine Kranzniederlegung an dieser Gedenkstätte statt. Direkt dahinter sind die Soldatengräber angelegt.

*Text/Foto: Günther Mattern  
Stellv. des OV Forst DIE LINKE*

### Drei gute Gründe, warum man auch in der trüben Jahreszeit optimistisch sein kann

1. Auch Amerikaner finden das Agieren Donald Trumps als Präsident der USA, diplomatisch ausgedrückt, fragwürdig.
2. Forst hat im Winter tolle Ansichten zu bieten. (s. Foto, HeiWi)
3. Der nächste Frühling kommt bestimmt.



## Vom **LANDTAG BRANDENBURG** informiert

Anke Schwarzenberg, MdL



### Nachdenkliches!

#### 4 oder 2 plus 2 oder 3 plus 1

Die Diskussion zur Kreisgebietsreform ist im vollen Gange und doch habe ich das Gefühl, sie wird nicht allumfassend, sondern einseitig geführt.

Der angedachte Niederlausitzkreis findet wenig Akzeptanz, was man an allen Meinungsäußerungen erkennen kann. Die Fragen zu einer möglichen Alternative werden aus einer gewissen regionalen Betroffenheit geführt, zeigen aber selten wirkliche strukturelle Überlegungen.

Betrachten wir den Vorschlag 2 plus 2, der in der Öffentlichkeit als der sogenannte »Zwilling« bezeichnet wird, also der Zusammenschluss von EE/OSL einerseits sowie SPN und Cottbus andererseits.

Dieser »Zwilling« hat Vor- und Nachteile. Die Gefahr, dass der ländliche Raum des SPN-Kreises nicht gerade davon profitieren könnte, ist groß. Mit einer fast gleichen Bevölkerungszahl im Jahr 2030 und einer guten dörflichen Entwicklung um die Stadt Cottbus könnten die Interessen der Dörfer im entfernten Raum vernachlässigt

werden. Deutlich wird das, wenn man sich einmal die Aufgaben anschaut, über die ein Kreistag zu entscheiden hat, wie z.B. Fragen der Schulentwicklung, Fragen des Nahverkehrs, Aufstellen von Windkraftanlagen, um nur einige zu nennen.

Diese zukünftigen Entscheidungen bestimmen aber wesentlich die Entwicklung des ländlichen Raumes. Aus diesem Grund wurde im Leitbild auch das Dominanzverbot aufgenommen. Dieses besagt, eine größere Stadt sollte nicht einen Landkreis dominieren.

Dieser »Zwilling« hat auch Vorteile: Er hat eine kuschlige Größe, man kennt sich, man arbeitet auf verschiedenen Ebenen zusammen. Es bestehen sehr viele strukturelle Verflechtungen. Für die zukünftige Arbeit im Ehrenamt eine akzeptable Größe.

Aber, die Stadt Cottbus lehnt diese Variante ab!

Bleibt also der Vorschlag 3 plus 1. Ein Zusammengehen von EE/OSL/SPN, während die Stadt Cottbus kreisfrei bliebe.

Die Stadt Cottbus ist die zweitgrößte Stadt in Brandenburg. Sie ist anders zu betrach-

ten als die Städte Frankfurt (Oder) oder Brandenburg. Sie ist für die Pflege und Bewahrung der sorbisch-wendischen Kultur wichtig, sie liegt im Süden von Brandenburg und hat keine Berlinanbindung, sie kann ein Garant für dieses Gebiet und ein Gegenpol zur Stadt Potsdam sein.

Damit könnten die Landkreise OSL/EE/SPN einen starken Landkreis bilden, der sich die Aufgaben einer Kreisstadt zwischen den drei Kreisstädten teilt, der das Ländliche im Blick hat und der gemeinsam stark ist für einen Strukturwandel in der Lausitz.

Auch hier gibt es aber Nachteile, weil der nunmehr entstehende Landkreis für das Ehrenamt immer noch sehr groß wäre, und ob die Stadt Cottbus ihre finanziellen Probleme lösen könnte, ist völlig offen!

Ich selbst wünsche mir eine offene Diskussion über alle möglichen Varianten und einen Abwägungsprozess, der die strukturelle Entwicklung in allen Räumen beachtet. Dazu gehört auch die Variante 3 plus 1!

## Im Osten ... doch Neues



**Wer hätte es gedacht, der scheidende US Präsident Obama gibt in einem Interview zu, dass die Amerikaner hinter den Umsturzbewegungen in der Ukraine stecken.**

Dass in der neuen Regierung zwei ehemalige US-Bürger als Minister tätig sind, hätte da auch schon Hinweis genug sein können, aber darüber wur-

de ja nicht informiert. Beide sind klamm heimlich zu Bürgern der Ukraine gemacht worden, der eine ein Rückkehrer, der andere ein gänzlich neuer Ukrainer.

Apropos nicht informiert, wer hat denn schon gehört, dass die Republik Belarus, auch als Weißrussland bekannt, ab dem 12.02.2017 visafreie Einreise für Deutsche und 17 weitere europäische Länder gestattet. Solche Information passt nämlich nicht in die Medienwelt, wenn man den Präsidenten Weißrusslands weiter als den schlimmsten Diktator nach Hitler beschimpfen will. Die Einreise gibt es zwar nur per Flugzeug via Minsk und für 5 Tage, aber die damit dokumentierte Weltoffenheit des »Diktators« Lukaschenko ist unseren Medien schon wieder zu deutlich.

Diese beiden Beispiele, die man nur erfährt, wenn man die russischsprachigen Nachrichten im Original lesen oder hören kann, zeigen uns, wie wir manipuliert und desinformiert werden. Lassen wir uns nicht einreden, dass alles, was vom Osten kommt, gefährlich ist. Das sind zwar nicht mehr »unsere sozialistischen Brüder« aber auch nicht unsere Feinde.

Amerikanische Panzer jedoch, ob diessseits oder jenseits der Oder-Neiße-Friedensgrenze, schüren Hass und Unfrieden. Sie sind keineswegs geeignet, den Frieden in Europa sicherer zu machen. Das haben die amerikanischen Streitkräfte in allen Teilen der Welt schon seit Jahren bewiesen.

**Günther Mattern,**

*Stellv. Vorsitzender des OV Die Linke Forst*

## NACHRUF

*In den Monaten Dezember und Januar verlor der Ortsverband Forst vier engagierte Mitglieder, die sehr eng mit der Partei verbunden waren.*

**Rolaf Schahn**, \* 27.08.1928, † 15.12.2016, ein unermüdlich wirkendes Mitglied in unserer Partei und Vorsitzender der Ortsgruppe der VVN-Antifa, ist im Dezember nach kurzer, aber schwerer Krankheit verstorben. Rolaf war vielen Forstern auch als Weinhändler des Forster Winzervereins bekannt. Sie werden sich noch an Weinvortrage oder Weinverkostungen von und mit Rolaf erinnern. Als ehemaliger Offizier der NVA war er Mitglied der SED und hat seine politischen Überzeugungen und Werte wie Ehrlichkeit, Fleiß und Kämpfertum auch in der PDS und später in der LINKEN offensichtlich vertreten.

**Martin Noack**, \* 29.08.1929, † 21.12.2016, war ein Parteimitglied, das immer offen und kritisch seine Meinung geäußert hat. Er war beliebt in seinem Wohnumfeld, in dem er auch für die Verteilung des Malxeblattes zuständig war. Vielen Genossinnen und Genossen wie auch Bürgerinnen und Bürgern war er durch seine jahrelange Tätigkeit in der Wirtschaftsabteilung der SED-Bezirksleitung bekannt. Sein Wissen über die Wirtschaft in der DDR war gefragt.

**Helga Rubin**, \* 24.01.1927, † 15.01.2017, und **Horst Rubin** \* 08.03.1930, † 22.01.2017, waren nicht nur als Mitglieder der LINKEN aktiv, sie wirkten auch in der Ortsgruppe der VVN-Antifa und der Volkssolidarität mit. Über viele Jahre nahmen sie gemeinsam an den jährlich stattfindenden Gedenkveranstaltungen in Forst teil. Horst, ehemaliger Kriminalpolizist, nahm seine Helga in jungen Jahren auch mit zum Kegeln in den Sportverein. Immer aktiv im Leben, mit kritischen Fragen in Gesprächen und Diskussionen während der Mitgliederversammlungen, so kennen wir die beiden.

*Diese Genossen werden uns als fröhliche und optimistische Menschen in Erinnerung bleiben, die nie aufgegeben haben, für ihre Überzeugungen und Werte und damit für eine bessere Zeit zu streiten.*

**Ortsverband Forst DIE LINKE**

## Newsletter

### Zum NPD-Urteil des Bundesverfassungsgerichts

»Die NPD wird nicht verboten. Umso mehr gehören der Nationalismus, Rassismus und Terrorismus inmitten der Gesellschaft in den Fokus«, erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im NPD-Verbotsverfahren. Petra Pau weiter:

»Ich respektiere das Urteil. Das Gros der LINKEN sowie zahlreiche Initiativen für Demokratie und Toleranz wollten ein NPD-Verbot. Die Bundesländer haben geklagt. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden.

Unabhängig von diesem Urteil werden weiter gewalttätiger Rassismus und Nationalismus nicht nur am Rande der Gesellschaft wüten. Täglich gibt es Anschläge auf Menschen und Heime. Es wird höchste Zeit, sich diesen Problemen zu stellen. Drohen Banken Gefahren, dann gehen im Kanzleramt alle Lichter an, dann jagt ein Krisengipfel den nächsten. Drohen rechtsterroristische Gefahren, dann nicht. Das ist verantwortungslos.

Eine Welle von Nationalismus und Rassismus flutet das Land. Dagegen müssen alle aufbegehren, denen Menschenwürde und Bürgerrechte wichtig sind. Wir brauchen einen Aufstand der Anständigen und endlich mehr Anstand der Zuständigen.«

17. Januar 2017

### IAB-Untersuchung beweist das völlige Scheitern des Hartz-IV-Systems

»Die Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) belegt, was am sogenannten Arbeitslosengeld II seit vielen Jahren kritisiert wird: Das Hartz-IV-System hat versagt. Die Menschen werden abgehängt und sind im Hartz-IV-System gefangen«, erklärt Sabine Zimmermann, stellvertretende Vorsitzende und arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf die heutige Vorstellung der Untersuchung des IAB zur Zahl der Menschen, die seit Einführung des Arbeitslosengeldes II ohne Unterbrechung auf dessen Leistungen angewiesen sind. Zimmermann weiter:

»Viel zu lange wurde ausschließlich aufs Fordern gesetzt und bei der Förderung gespart. Wir brauchen einen Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik. Notwendig sind ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor und ein Recht auf Weiterbildung. Statt der Gängelung durch die Jobcenter müssen die Jobsuchenden ein Recht auf Vermittlung auf Augenhöhe haben.

Hartz IV war nie als Dauerlösung angelegt. Wie das damalige Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit Heinrich Alt richtig sagte, ist ein Leben mit Hartz IV auf Dauer entwürdigend. Gerade Heranwachsende, die auf SGB-II-Leistungen angewiesen sind, werden in ihren Entwicklungschancen oft eingeschränkt. Deshalb muss der Regelsatz auf 560 Euro erhöht werden. Langfristig gehört Hartz IV abgeschafft und durch eine sanktionsfreie, bedarfsdeckende Mindestsicherung ersetzt.«

02. Februar 2017

Den Bericht über die Bildungsreise sowie weitere Infos aus dem Brandenburger Landtag zu den Themen:

- Regionale Produkte aus Brandenburg • Wie weiter mit dem RE 2?
- Wolfspopulation in Brandenburg • Innere Sicherheit ... finden Sie unter [www.dielinke-lausitz.de](http://www.dielinke-lausitz.de)

## PINNWAND

### Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22

Di., 21.02.: 18:30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**  
Do., 23.02.: 18:30 Uhr »Treff Linksrum«  
Di., 28.02.: 18:30 Uhr **Fraktionssitzung SVV**  
Mo., 13.03.: 18:30 Uhr **AG Malxeblatt**  
Di., 21.03.: 18:30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**  
Do., 30.03.: 18:30 Uhr »Treff Linksrum«

Wir laden ein zur  
**Mitgliederversammlung**  
**am Mittwoch, dem 29. März 2017,**  
um 18.30 Uhr in unsere Geschäftsstelle  
am Max-Seydewitz-Platz.

Zu Gast ist unser Landesvorsitzender,  
Gen. Christian Görke.

Wir möchten mit ihm über aktuelle, uns bewegende  
Themen diskutieren. Wer im Vorfeld Vorschläge  
oder Fragen für die Diskussion hat,  
bitte bis Ende Februar mitteilen.

### Geburtstag

25.02.: 89 Jahre Helga Schahn  
06.03.: 60 Jahre Jürgen Prüfer  
05.03.: 65 Jahre Gabriele Otto  
11.03.: 68 Jahre Gudrun Lacase

*Herzlichen Glückwunsch,  
unseren Jubilaren, auch all denen,  
die hier nicht genannt sind!*

### Unvergleichlich

CDU-Generalsekretär Peter Tauber verglich FDP-Chef Christian Lindner mit Alexander Gauland von der AfD. Von Seiten der CDU gab es dafür viel Kritik: Man könne schließlich keinen potenziellen Koalitionspartner mit der FDP vergleichen. **EW**

### Soziale

#### Rechtsberatung

**23.02. und 30.03.17,**  
**jeweils ab 13.30 Uhr**

in der Geschäftsstelle  
der LINKEN,  
Berliner Straße 22, Forst.

**Terminvereinbarung**  
telefonisch (78 52)

oder persönlich jeweils  
Dienstag 9 – 11 und 14 – 17 Uhr,  
Donnerstag 9 – 11 Uhr

#### Soziale Bürgerberatung in Döbern

**am 08.03. (weiter alle 14 Tage)**  
**jeweils von 10 bis 14 Uhr**

in der Begegnungsstätte  
Betreutes Servicewohnen des DRK,  
Forster Straße 14.

**Impressum:** Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE  
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE  
V. i. S. d. P.: Cornelia Janisch

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst  
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07  
oder im Internet: [www.dielinke-lausitz.de](http://www.dielinke-lausitz.de)  
E-Mail: [forst@dielinke-lausitz.de](mailto:forst@dielinke-lausitz.de)  
Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:  
[malxeblatt@gmx.de](mailto:malxeblatt@gmx.de)

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:  
Sparkasse Spree-Neiße, IBAN DE48 1805 0000 3305 1027 80, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.